



Rhein-Neckar-Verkehr-GmbH

V228

Gleiserneuerung

Bürgermeister-Kutterer-Straße

in Ludwigshafen am Rhein

Baubeschreibung

Aufgestellt: Mannheim, den 06.06.2025

T. Glaser GmbH
projektieren + realisieren

Schulstraße 47
68199 Mannheim

Im Auftrag der

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Abt. Bau (IS 3)
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

Inhaltsverzeichnis

1	Vorgabe zur Angebotsabgabe	3
2	Allgemeine Baubeschreibung	3
2.1	Beschreibung der Baumaßnahmen	3
2.2	Baustellenbesichtigung	3
2.3	Bietereintragungen	3
2.4	Bauzeit	4
2.5	Bauablauf	4
2.6	Bauzeitenplan	4
3	Angaben zur Baustelle	4
3.1	Ver- und Entsorgungsleitungen	5
3.2	Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen für die BE	5
3.3	Benutzung von Lagerflächen und öffentlichen Straßen	5
3.4	Ausführung der Leistungen / Koordination mit Dritten	6
4	Angaben zur Ausführung	6
4.1	Verkehrsführung, Verkehrssicherung	6
4.2	Rettungs- und Fluchtwege	7
4.3	Baustoffe, Bauteile	7
4.4	Kampfmittel/Suspekte Materialien	7
4.5	Absteckung und Vermessung	8
4.6	Beweissicherung	8
4.7	Erdarbeiten / Entsorgung	9
4.8	Lieferung, Einbau und Verdichtung von Boden	9
4.9	Qualitätssicherung und Materialprüfungen	9
4.10	Verantwortlicher Bauleiter / Ansprechpartner vor Ort	9
4.11	Arbeitssicherheit- und Gesundheitsschutz	9
4.12	Umwelt	10
4.13	Aufmaß und Aufmaßplan	11
4.14	Vorgaben zur Abrechnung	11
4.15	Nicht erwähnte und unvorhergesehene Leistungen	11
4.16	Nachträge, Stundenlohnarbeiten	12
4.17	Bedenken des Bieters	12
5	Zusätzliche Technische Vorschriften	12

1 Vorgabe zur Angebotsabgabe

Die Abgabe der Angebote hat über die Vergabeplattform ausschreiben²⁴ zu erfolgen und hat unter anderem mindestens das ausgefüllte Kurz-LV mit Unterschrift und Stempel als Datei, als auch zusätzlich in digitaler Form eine GAEB-Datei Datenart 84 zu enthalten.

Fehlende Angaben führen automatisch zum Ausschluss.

Der Bieter bestätigt mit Abgabe seines Angebotes die Einhaltung der vorgegebenen Eckdaten des Bauablaufes entsprechend der Ausschreibung.

Nebenangebote, die den Bauablauf zeitlich, wirtschaftlich oder technisch beschleunigen sind zugelassen, jedoch kann der Bieter hieraus keinen Anspruch auf Wertung ableiten.

Der AG behält sich vor, unvollständige Angebote von der Wertung auszuschließen.

2 Auftraggeber

Die Leistungen sind für folgenden Auftraggeber auszuführen und mit diesem abzurechnen:

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

3 Allgemeine Baubeschreibung

3.1 Beschreibung der Baumaßnahmen

Die rnv beabsichtigt im Zeitraum von 10.11.2025 bis 30.11.2025 die Erneuerung von ca. 105 m Doppelgleis vom Tunnel bis in den Bereich der Haltestelle Bürgermeister-Kutterer-Straße sowie ca. 60 m im Kreuzungsbereich Heinigstraße / Kaiser-Wilhelm-Straße.

Im Zuge der Maßnahme wird der Unterbau erneuert und der Oberbau als Betonschwellengleis im offenen Gleisbereich sowie als Feste-Fahrbahn-System hergestellt. Die ursprüngliche Gleisgeometrie wird beibehalten und optimiert.

Die Oberflächen werden im Straßenbereich in Asphaltbauweise hergestellt.

3.2 Baustellenbesichtigung

Der Bieter bestätigt mit Abgabe des Angebotes, von der Örtlichkeit Kenntnis erlangt zu haben und alle daraus resultierenden Verfahrensweisen, Materialzulieferungen, Montagetechniken etc. im Angebot berücksichtigt zu haben.

3.3 Bieterangaben

Alle geforderten Bieterangaben müssen bei Abgabe des Angebotes vollzogen sein.

Hierzu gehören insbesondere Bietererklärung, Baustoffverzeichnis, Geräteverzeichnis, Angaben über Arbeitsgemeinschaft und Nachunternehmer, außerdem ggf. geforderte Güte- und Eignungsnachweise.

Bei fehlenden Bieterangaben im Leistungsverzeichnis gilt, soweit vorhanden, der Amtsvorschlag.

3.4 Bauzeit

Gesamtmaßnahme:	10.11.2025 bis 30.11.2025
Rillenschienengleis:	10.11.2025 bis 23.10.2025
Vignolschienengleis:	17.11.2025 bis 30.11.2025

3.5 Bauablauf

Die Erneuerung der Gleisanlagen erfolgt unter Sperrung der Gleisanlagen sowie Teilspernung des motorisierten Individualverkehrs (weiter MIV).

In **Bauphase I und II** wird die Kreuzung Heinigstraße 7 Kaiser-Wilhelm-Straße erneuert. Hierzu ist folgender Ablauf vorgesehen:

- Einrichtung der Verkehrssicherung
- Ausbau des Asphalts
- Ausbau der Gleisrahmen
- Schneiden der Betontragplatte entlang der Ausbaugrenzen
- Abbruch der bestehenden Betontragplatte
- Ausbau des vorhandenen ungebundenen Unterbaus
- Verdichtung des Planums
- Einbau der Frostschutzschicht (RCL 0/45, E_{v2} 120 MN/m²)
- Einbau Kabelschutzrohre und Schächte, einschließlich Tiefbau
- Einbau der Gleisrahmen (System Rheda City D)
- Einbau des Asphalts (Tragschicht, Binderschicht, Deckschicht)

In **Bauphase III** wird das Schottergleis im Bereich der Haltestelle Bürgermeister-Kutterer-Straße ab dem Tunnelmund bis zum Fußgängerüberweg erneuert. Hierzu ist folgender Ablauf vorgesehen:

- Einrichtung der Verkehrssicherung
- Ausbau der Gleisrahmen
- Ausbau des Gleisschotters
- Ausbau des vorhandenen ungebundenen Unterbaus
- Verdichtung des Planums
- Einbau der Frostschutzschicht (RCL 0/45, E_{v2} 120 MN/m²)
- Einbau der Gleisrahmen
- Einbau des Gleisschotters

3.6 Bauzeitenplan

Neben der zeitlichen Abwicklung sind die erforderlichen Personal- und Gerätekapazitäten nachzuweisen und dem Angebot beizulegen. Der AG behält sich vor, unvollständige Angebote von der Wertung auszuschließen.

Im Bauzeitenplan ist Baufortschritt, Bauleistung, Personaleinsatz, Geräteeinsatz und die tägliche Arbeitszeit detailliert anzugeben.

Der Bauzeitenplan wird nach Genehmigung durch den AG und den ggf. noch zu Beteiligten mit allen Anfangs-, Zwischen- und Endterminen Vertragsbestandteil.

Zwei Wochen vor Baubeginn hat der AN einen detaillierten Bauzeitenplan vorzulegen.

Der Bauzeitenplan ist unaufgefordert vom AN auf die aktuellen Gegebenheiten anzupassen und zeitnah zu überarbeiten.

Eine Verschiebung der Termine berechtigen den AN nicht zu Forderungen gegenüber dem AG.

4 Angaben zur Baustelle

4.1 Ver- und Entsorgungsleitungen

Im Baustellenbereich sind Leitungen verschiedener Leitungsträger zu erwarten. Der Auftragnehmer hat sich über die exakte Lage und den Verlauf von Kabeln und Leitungen vor Beginn der Arbeiten zu informieren. Die Ergebnisse der Leitungsauskünfte sind der örtlichen Bauüberwachung auf der Baustelle zur Verfügung zu stellen. Soweit in der Baubeschreibung und im Leistungsverzeichnis keine andere Regelung vorgesehen sind, werden Erschwernisse für die im Baufeld befindlichen Kabel und Leitungen nicht vergütet.

Müssen im Zuge der Bauarbeiten Leitungsanlagen umgelegt bzw. neu ausgelegt werden, so werden vom zuständigen Versorgungsunternehmen diese Arbeiten an Dritte beauftragt. Der AN hat daher einer anderen Firma die vom Versorgungsunternehmen beauftragte Ausführung der Arbeiten zu ermöglichen. Diese Arbeiten sind zu koordinieren und im Bauablauf zu berücksichtigen.

In der Baustelle liegende oder diese kreuzende Versorgungsleitungen sind im Einvernehmen mit dem Eigentümer bzw. Betreiber zu sichern und zu schützen. Beschädigungen an den Leitungen gehen zu Lasten des Auftragnehmers und sind dem AG unverzüglich mitzuteilen.

Der Bauablauf ist entsprechend zu planen, dass vorhandene Kabel und Schutzrohre zu keinem Zeitpunkt durch Minderüberdeckungen etc. negativ beeinträchtigt bzw. beschädigt werden.

Die örtliche Bauüberwachung sowie die betroffenen Leitungsträger sind über Beschädigungen unverzüglich zu informieren. Die Beseitigung von evtl. Schäden darf nur in Abstimmung mit dem jeweiligen Leitungsträger erfolgen.

Im unmittelbaren Bereich der Leitungen muss mit Handschachtung gearbeitet werden.

4.2 Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen für die Baustelleneinrichtung

Die Beschaffung der notwendigen Anschlüsse ist Sache des AN. Die Vereinbarungen mit den zuständigen Ämtern und Versorgungsunternehmen hat der AN selbst zu treffen. Sämtliche Kosten gehen zu Lasten des AN und sind in die Einheitspreise der Baustelleneinrichtung einzurechnen.

4.3 Benutzung von Lagerflächen und öffentlichen Straßen

Der ursprüngliche Zustand von Straßen-, Wegen und Plätzen etc., die im Rahmen der Baudurchführung genutzt werden, sind am Ende der Bauarbeiten vom AN ohne besondere Vergütung wiederherzustellen.

Der AN hat etwaige durch seinen Betrieb bzw. die Andienung seiner Baustelle bedingte Verunreinigungen von Verkehrsflächen möglichst zu vermeiden und entstandene Verschmutzungen unverzüglich zu beseitigen. Eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht.

Während der Bauzeit sind die Baustelle sowie die Baustelleneinrichtung in einem ordnungsgemäßen und sauberen Zustand zu halten.

Baustelleneinrichtungs-, Lager- und Bereitstellungsflächen werden nicht vom AG gestellt und sind durch den AN selbst zu beschaffen. Die anfallenden Kosten für die Flächen sowie die Erlangung einer ggf. erforderlichen Verfügung gehen zu Lasten des AN und sind in die Einheitspreise der entsprechenden Positionen einzukalkulieren.

4.4 Ausführung der Leistungen / Koordination mit Dritten

Im Zeitraum der Gleiserneuerung werden Leistungen von Dritten ausgeführt.

Weitere Dritte im Baufeld sind, von der rnv beauftragte Unternehmen sowie eigene Fachabteilungen der rnv.

Behinderungen dieser Auftragnehmer sind zu vermeiden. Die durchzuführenden Arbeiten sind, wie zuvor aufgeführt, mit ihnen abzustimmen und im Bauablauf zu berücksichtigen. Behinderungen, die dem AN auf Grund mangelhafter Abstimmung oder nicht ausreichender Vorinformation entstehen, berechtigen ihn nicht zu Nachforderungen gegenüber dem AG.

Andere Auftragnehmer haben jederzeit das Recht, unentgeltlich besonders angelegte bzw. zu unterhaltende Überfahrten und Provisorien mitzubnutzen.

5 Angaben zur Ausführung

5.1 Verkehrsführung, Verkehrssicherung

Die Absperrung und Kennzeichnung der Arbeitsstellen muss den Vorschriften der StVO, den Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA-1995), der ZTV-SA 1997 (Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinie für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen, Ausgabe 1997), sowie den Technischen Lieferbedingungen für Absperrschranken (TL Absperrschranken 1997), für Absperrtafeln (TL Absperrtafeln 97), für vorübergehende Markierungen (TL Vorübergehende Markierungen 97) und weitere einschlägige Verkehrseinrichtungen (LSA, Warnleuchten etc.) entsprechen.

Die erforderliche Beschilderung und Signalisierung sind während der gesamten Dauer der Bauzeit vom AN vorzuhalten. Die Verkehrssicherung ist dann im Einvernehmen mit der betreffenden Verkehrsbehörde und gegebenenfalls der Verkehrspolizei durchzuführen.

Entsprechende Genehmigungen (Verkehrsrechtliche Anordnung gemäß § 45 StVO) sind vom AN bei der zuständigen Verkehrsbehörde einzuholen und samt Anlagen dem AG bzw. seiner örtlichen Bauüberwachung in 2-facher Ausfertigung 2 Wochen vor Baubeginn zu übergeben.

Sollten sich im Zuge der weiteren Planung, Bauvorbereitung sowie des Baufortschrittes gravierende Änderungen ergeben, so ist für den geänderten Zustand durch den AN erneut eine verkehrsrechtliche Anordnung einzuholen. Der geänderte Zustand ist vorab durch den AG freizugeben.

Für alle Unfälle, die auf eine unsachgemäße Absperrung sowie auf mangelhafte Räumung zurückzuführen sind, haftet der AN.

Die Bauarbeiten dürfen erst nach Kontrolle der Verkehrssicherungseinrichtungen durch die Bauoberleitung begonnen werden.

Die Verantwortung für die Durchführung aller Maßnahmen zur Verkehrssicherung liegt beim Bauunternehmen bzw. bei seinem Bauleiter, weil die Gefahrenlage durch das Bauunternehmen geschaffen wird.

Gemäß BMV RS v. 16.10.2000 ist „die Qualifikation des zu benennenden Verantwortlichen für die Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen“ gemäß dem „Merkblatt über Rahmenbedingungen für erforderliche Fachkenntnisse zur Verkehrssicherung von Arbeitsstellen an Straßen (MVAS 1999)“ ... “bei Angebotsabgabe nachzuweisen. Der AG behält sich vor, bei Fehlen eines solchen Nachweises das Angebot von der Wertung auszuschließen“.

Die Baustellenabsicherung oder Teile davon sind während der Bauzeit entsprechend dem Bauablauf zu versetzen bzw. anzupassen. Die Leistungen sind in einer eigenen Position berücksichtigt.

Die Einrichtungen der Verkehrssicherung sind täglich zu kontrollieren. Die Nachweise der Kontrollen sind unaufgefordert der Bauüberwachung zu übergeben.

5.2 Rettungs- und Fluchtwege

Auf Grund der räumlichen Gegebenheiten sind Rettungs- und Fluchtwege durch das Baufeld für Dritte nicht vorgesehen.

Rettungs- und Fluchtwege bzw. Sammelplätze für das Baupersonal sind vom AN festzulegen.

5.3 Baustoffe, Bauteile

Alle vom AN eingesetzten Baustoffe dürfen zu keinem Zeitpunkt das Grundwasser oder das Tagwasser schädigen.

Die verwendeten Baustoffe müssen den technischen Vorschriften entsprechen und umweltverträglich sein.

Prüfzeugnisse und Nachweise der Unbedenklichkeit und Eignung sind dem AG bzw. der örtlichen Bauüberwachung vor Anlieferung der Baustoffe unaufgefordert vorzulegen. Vor dem Einbau von Recyclingtragschichten ist ein Nachweis über die Tauglichkeit des Materials zu erbringen. Es dürfen keine kontaminierten Materialien verwendet werden. Die technischen Lieferbedingungen für Mineralstoffe sind zu gewährleisten.

Es werden folgende Stoffe beigestellt: Schienen und Schwellen für die Weichen und die Kreuzung.

Soweit im Leistungsverzeichnis nichts anderes bestimmt, ist vom AN bei sämtlichen Bau-, Bauhilfs- und Betriebsstoffe die Beschaffung und Lieferung in die Einheitspreise mit einzurechnen.

5.4 Kampfmittel/Suspekte Materialien

Das Vorhandensein von Bombenblindgängern kann nicht ausgeschlossen werden. Aus diesem Anlass ist eine Einweisung zum Thema Kampfmittel sowie eine baubegleitende Kampfmittelortung nach Rückbau der Gleisanlagen und der Betonplatte vorgesehen. Entsprechende Positionen sind im Leistungsverzeichnis enthalten. Der Zeitbedarf für die baubegleitende Kampfmittelortung ist in die Einheitspreise einzukalkulieren und wird nicht gesondert vergütet.

Sollten im Zuge der Bauarbeiten Gegenstände aufgefunden werden, die auf Kampfmittelreste aus Kriegseinwirkungen schließen lassen, so ist die örtliche Bauüberwachung unverzüglich zu informieren. Die Arbeiten sind im betroffenen Bereich sofort einzustellen. Das verdächtige Objekt darf weder freigelegt noch irgendwie behandelt oder gar transportiert werden.

Bauarbeiten in offener Bauweise können vorsichtig durchgeführt werden. Eine Baubegleitung durch einen Befähigungsscheininhaber nach §20 SprengG ist bei den Tiefbauarbeiten unterhalb des Oberbaus erforderlich. Eine entsprechende Position ist im Leistungsverzeichnis enthalten.

Sollte die Art des Fundes eine Untersuchung des Baugeländes durch den Kampfmittelbeseitigungsdienst notwendig machen, erfolgt die Beauftragung durch den AG.

5.5 Absteckung und Vermessung

Zu Baubeginn erfolgt in Abstimmung mit dem AN eine Bauvermessung im Sinne des § 3 VOB/B durch den AG. Hier wird einmalig die Gleisgeometrie (Hauptpunkte der Gleisachsen) abgesteckt und ein Absteckprotokoll mit entsprechenden Skizzen dem AN übergeben.

Alle weiterführenden Absteckungen, Höhenmessungen und die Sicherung der Absteckpunkte, die zur vertragsgemäßen Erfüllung der Leistung erforderlich sind, hat der AN nach den Plänen und Angaben des Auftraggebers selbst vorzunehmen und trägt die alleinige Verantwortung für die richtige und planmäßige Lage und Höhe der von ihm auszuführenden Arbeiten. Eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht.

5.6 Beweissicherung

Wegen der angrenzenden Bebauung sind die Bauarbeiten mit besonderer Sorgfalt hinsichtlich evtl. Schäden, Wegen und Grünpflanzen durchzuführen.

Es wird besonders darauf hingewiesen, dass bei Schäden die Schadensregulierung dem AN obliegt.

Der AN hat daher vor Beginn der Bauarbeiten unter Mitwirkung der Bauüberwachung unter Beteiligung der betroffenen städtischen Fachbereiche ein Beweissicherungsverfahren durchzuführen. Durch das Beweissicherungsverfahren soll der Zustand der Wege, Straße- Bahnverkehrsflächen sowie Freiflächen einschließlich Bewuchs, öffentliche Anlagen, vorhandene Einbauten und Möblierungen etc., festgestellt werden. Zu diesem Zweck ist durch den AN eine Fotodokumentation anzufertigen. Erkennbare Schäden sind darüber hinaus in geeigneter Weise zu dokumentieren.

Das Betreten fremder Grundstücke, das Anbringen von Marken u. ä. auf fremden Grundstücken ist nur mit Zustimmung des Eigentümers, ggf. auch des Pächters oder Mieters zulässig. Der AN hat das schriftliche Einverständnis der Betroffenen rechtzeitig herbeizuführen und sie dabei über die Zwecke des Beweissicherungsverfahrens zu unterrichten.

Der Auftragnehmer hat an den Beweissicherungsterminen zu beteiligen:

- Die Bauüberwachung der rnv
- Bei Grundstücken, die nicht Eigentum der rnv sind, die Eigentümer sowie ggf. die Pächter bzw. Mieter des Grundstücks
- Bei öffentlichen Anlagen die zuständigen Behörden

Der AN hat über jeden Termin eine Niederschrift zu fertigen. Diese Niederschrift ist von allen am Termin Beteiligten durch Unterschrift anzuerkennen. Die Dokumentation (mit zuordenbaren, qualitativen Fotos) ist dem AG digital und in 2-facher Ausfertigung zu übergeben.

Die Kosten für die Durchführung der Beweissicherung einschließlich der Anfertigung der erforderlichen Dokumentationen und Niederschriften sind in die Position Beweissicherung einzurechnen. Darüber hinaus erfolgt keine weitere Vergütung.

5.7 Erdarbeiten / Entsorgung

Soweit im LV nichts anderes bestimmt ist, sind Deponiegebühren stets in die entsprechenden Einheitspreise einzurechnen.

Die abfalltechnische Begleitung der Baumaßnahme wird an den AN übertragen. Der AN fungiert als Abfallerzeuger. Er übernimmt die durch seine Tätigkeit anfallenden Abfälle in sein Eigentum, er wird Abfallbesitzer. Damit obliegen ihm alle abfallrechtlichen Verpflichtungen bezüglich der ordnungsgemäßen Verwertung bzw. Entsorgung gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz. Die Verwertung bzw. Entsorgungsweg müssen frühzeitig zwischen AN und AG abgestimmt werden. Bei nachweispflichtigen Abfällen erhält der AG eine Kopie des Entsorgungsnachweises. Zur Verbleibskontrolle erhält der AG je nach Überwachungsbedürftigkeit der Abfälle Kopien aller Begleit- bzw. Übernahme- oder Wiegescheine. Die Übergabe der Belege hat baubegleitend zu erfolgen.

Soweit aus den Entsorgungsnachweisen der Endverbleib der Abfälle nicht ersichtlich ist, sind diese offen zu legen und zu dokumentieren.

5.8 Lieferung, Einbau und Verdichtung von Boden

Es darf nur verdichtungsfähiges, nicht verunreinigtes und nicht kontaminiertes Material eingebaut werden.

Während der Erdbauarbeiten sind Eigenüberwachungsprüfungen nach ZTV-E-StB in der jeweils gültigen Fassung in Abstimmung mit der örtlichen Bauüberwachung des AG durchzuführen. Die Kosten hierfür sind in die Einheitspreise der entsprechenden Positionen einzurechnen.

Dynamische Plattendruckversuche werden nur zugelassen, wenn für jeden zum Einbau kommenden Erdbaustoff Vergleichswerte aus statischen Plattendruckversuchen vorgelegt werden.

5.9 Qualitätssicherung und Materialprüfungen

Der AN muss Eigenüberwachungsprüfungen gemäß den Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen durchführen, um die Güteeigenschaften der Baustoffe, der Baustoffgemische und fertigen Leistungen nachzuweisen. Die Ergebnisse sind dem AG unaufgefordert zu übergeben.

Die Kosten für die Eigenüberwachungsprüfung werden nicht gesondert vergütet.

5.10 Verantwortlicher Bauleiter / Ansprechpartner vor Ort

Der Bauleiter des AN und seine Vertreter sind sofort nach Auftragserteilung unaufgefordert schriftlich zu benennen. Jeder Wechsel verantwortlicher Personen ist sofort der bauüberwachenden Stelle sowie dem AG mitzuteilen. Der verantwortliche Bauleiter nimmt an den vom AG angesetzten Baubesprechungen teil.

Auf der Baustelle muss während der Bauarbeiten ständig ein verantwortlicher, der deutschen Sprache in Wort und Schrift kundiger Polier oder Schachtmeister anwesend sein.

5.11 Arbeitssicherheit- und Gesundheitsschutz

Gesetz über die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit (Arbeitsschutzgesetz - ArbSchG) § 3 Grundpflichten des AG

(1) Der AG ist verpflichtet, die erforderlichen Maßnahmen des Arbeitsschutzes unter Berücksichtigung der Umstände zu treffen, die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten bei der Arbeit beeinflussen. Er hat die Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen und erforderlichenfalls sich ändernden Gegebenheiten anzupassen. Dabei hat er eine Verbesserung von Sicherheit und Gesundheitsschutz der Beschäftigten anzustreben.

(2) Zur Planung und Durchführung der Maßnahmen nach Absatz 1 hat der AG unter Berücksichtigung der Art der Tätigkeiten und der Zahl der Beschäftigten

1. für eine geeignete Organisation zu sorgen und die erforderlichen Mittel bereitzustellen sowie
2. Vorkehrungen zu treffen, dass die Maßnahmen erforderlichenfalls bei allen Tätigkeiten und eingebunden in die betrieblichen Führungsstrukturen beachtet werden und die Beschäftigten ihren Mitwirkungspflichten nachkommen können.

Unter diesem Aspekt sind die einschlägigen Vorschriften der Berufsgenossenschaften sowie das Arbeitsschutzgesetz bereits während der Kalkulation und Vorbereitung in Bezug auf das Bauvorhaben zwingend zu beachten. Insbesondere ist bei diesem Bauvorhaben das Thema Arbeitszeit / Schichtbetrieb zu beachten.

Die Leistungen des Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator werden durch den AG oder seinen Beauftragten erbracht.

Nach Freigabe des Bauzeitenplanes des AN durch den AG wird ein Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan als Balkenplan mit Berücksichtigung der ineinandergreifenden Gewerke aufgestellt.

5.12 Umwelt

Der Auftraggeber fordert generell eine umweltverträgliche Bauausführung. Im gesamten Baustellenbereich sind daher durch entsprechenden Arbeitsablauf und Gerätewahl die Emissionen von Lärm, Erschütterungen und Luftschadstoffen auf ein Minimum zu beschränken.

Die allgemeine Verwaltungsvorschrift (AVV) Baulärm ist innerhalb der Ortslage einzuhalten. Für notwendige, mit Baulärm verbundene Arbeiten zwischen 20 Uhr und 7 Uhr ist vom AN zusätzlich zu der Ausnahmegenehmigung gem. § 9 Abs. 2 LImSchG eine Ausnahme gem. § 7 Abs. 2 der 32. BImSchV bei den zuständigen Stellen zu beantragen. Dies gilt insbesondere für die Umbauwochenenden. Die sich hieraus ergebenden Kosten sind in die entsprechenden Einheitspreise einzurechnen.

Die gesetzlichen und in Verordnungen festgelegten Emissionswerte für das Betreiben von Baumaschinen sind einzuhalten. Die Lagerung wassergefährdender Stoffe ist nur unter den einschlägigen behördlichen Auflagen erlaubt. Im Bereich öffentlicher Straßen hat der AN dafür zu sorgen, dass Hydranten, Absperrschieber-, Entwässerungs- und sonstigen Anlagen und Abdeckungen frei und zugänglich gehalten werden. Die von den Betrieben und Verwaltungen zum Schutz ihrer Leitungen und sonstigen Einrichtungen getroffenen Bestimmungen sind zu beachten.

Maßnahmen zum Schutz der Umwelt sind in eigener Verantwortung des Unternehmers gewissenhaft durchzuführen. Allgemeingültige, gesetzliche und behördliche Bestimmungen zum Umweltschutz sind zu beachten, auch wenn sie in den Vertragsunterlagen nicht eigens erwähnt sind.

Baustelleneinrichtungsplätze wie Treibstofflager, Zwischenlager, Auftank-, Wasch-, Reparaturplätze, Aborte usw. innerhalb und außerhalb des Baustellenbereichs sind so anzulegen, dass keine Verunreinigung des Bodens, des Grundwassers, der Vorflut und der Gewässer eintreten kann.

5.13 Aufmaß und Aufmaßplan

Zusätzlich zum gemeinsamen Aufmaß und zum Abnahmeprotokoll ist vom Auftragnehmer ein Aufmaßplan zu fertigen und spätestens bei Abzeichnung des Aufmaßes der örtlichen Bauüberwachung zur Bestätigung vorzulegen.

Werden Positionen nach Liefer- bzw. Wiegeschein abgerechnet, so sind diese täglich der örtlichen Bauüberwachung vorzulegen und von ihr bestätigen zu lassen. Zur Schlussrechnung sind die Originalliefer-scheine, nach Positionen geordnet, fortlaufend sortiert beizufügen.

Bereits ab der 1. Abschlagsrechnung sind nachvollziehbare Massenermittlungen auf der Grundlage von gemeinsam durchzuführenden Aufmaßen (AN und örtliche Bauüberwachung) vorzulegen. Eine Auszahlung ohne nachvollziehbares Aufmaß erfolgt nicht. Es werden nur massenechte Abschlagszahlungen gewährt.

Der zuständige Abrechner der ausführenden Firma erstellt gemeinsam mit der zuständigen BÜ des AG das Feldaufmaß. Auf Basis dieser Feldaufmaße sind elektronisch Aufmaßblätter zu erstellen, die zur Prüfung an den BÜ des AG übergeben werden. Diese sind binnen einer Frist von einer Woche vom BÜ zu prüfen und mit dem AN abzustimmen.

Auf Grundlage dieser geprüften Aufmaße wird dann die Abschlagsrechnung erstellt.

Zu jeder Abschlagsrechnung ist ein akkumulierter Soll – Ist Vergleich der ausgeführten bzw. beauftragten Leistungen als Tabelle beizulegen.

Die Aufmaße der Baufirma sind in Papierform sowie im Datenformat DA 11 an den AG zu übergeben. Eventuelle Mehraufwendungen für das Aufmaßwesen sind in die Einheitspreise einzurechnen.

5.14 Vorgaben zur Abrechnung

Abschlagsrechnungen sind mit nachvollziehbaren Massenermittlungen auf der Grundlage von gemeinsam durchzuführenden Aufmaßen (AN und örtl. BÜ) vorzulegen. Eine Abrechnung ohne Aufmaß erfolgt nicht. Pauschale Abschläge werden nicht gewährt.

Sämtliche Zuschläge für Schichtbetrieb, Wochenend- und Nachtarbeit sind in die entsprechenden Positionen einzurechnen. Eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht.

Mehraufwendungen, die auf Grund der bestehenden Leitungen entstehen sind in die Einheitspreise einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

5.15 Nicht erwähnte und unvorhergesehene Leistungen

Die in den Vorbemerkungen beschriebenen Leistungen sind in jedem Falle in die Einheitspreise der entsprechenden Positionen einzukalkulieren, sofern sie nicht gesondert im Leistungsverzeichnis als Positionen ausgewiesen sind.

Falls in den Vorbemerkungen und im Leistungsverzeichnis wesentliche Bauleistungen zur gebrauchsfertigen Erstellung der Baumaßnahme unerwähnt sind, hat der Bieter im Angebotsschreiben darauf hinzuweisen.

5.16 Nachträge, Stundenlohnarbeiten

Für sämtliche zusätzlichen Leistungen sind vor Ausführung Mehrkostenanmeldungen gem. VOB/B einzureichen. Im Nachgang eingereichte Mehrkostenanmeldungen werden nicht anerkannt. Die Nachträge sind den Mehrkostenanmeldungen zuzuordnen und gemäß der LV-Struktur aufzubauen.

Arbeiten auf Nachweis (Stundenlohnarbeiten) dürfen nur nach besonderer Anordnung des AG's begonnen und ausgeführt werden.

Stundenlohnnachweise sind am nächsten Werktag dem AG zur Anerkennung vorzulegen. Ebenso wird bei unvorhergesehenen Erschwernissen verfahren.

5.17 Bedenken des Bieters

Wenn der Bieter gegen die in den Verdingungsunterlagen beschriebene Ausführungsart Bedenken hat, ist er verpflichtet, diese Bedenken oder Einwände spätestens im Anschreiben zu seinem Angebot mit der Angebotsabgabe zu formulieren. Mit dem evtl. Verzicht auf Anmelden von Bedenken gegen die vorgesehene Ausführungsart erklärt der Bieter, dass sein Angebot eine bindende Zusage darstellt und er alle ausgeschriebenen Leistungen in dem im LV dargelegten Sinne auszuführen bereit ist.

6 Zusätzliche Technische Vorschriften

Außer den im Leistungsverzeichnis genannten technischen Regeln gelten im Besonderen nachstehende Vorschriften, Richtlinien, Merkblätter, Anweisungen, Bestimmungen und dergleichen mit zugehörigen Teilen, Anhängen, Ergänzungen, Berichtigungsblättern, Beiblättern usw. in der jeweils zum Zeitpunkt der Ausschreibung gültigen Fassung.

BO Strab	Straßenbau-, Bau- und Betriebsordnung
OR/OR-Z	Oberbaurichtlinien und Oberbau-Zusatzrichtlinien des VDV für Bahnen nach der BO-Strab, Dezember 1995/2009
Ril 824	Oberbauarbeiten durchführen
Ril 836	Erdbauwerke und sonstige geotechnische Bauwerke
TL 918061	Technische Lieferbedingungen Gleisschotter
ZTV-E-StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Erdarbeiten im Straßenbau, ZTV E-StB 09 - Ausgabe 2017
TL BuB E-StB	Technische Lieferbedingungen für Böden und Baustoffe im Erdbau des Straßenbaus, TL BuB E-StB 09 - Ausgabe 2020
RuA-StB 01	Richtlinien für die umweltverträgliche Anwendung von industriellen Nebenprodukten und Recycling-Baustoffen im Straßenbau (RuA-StB 01) Ausgabe 2001
TL Geok E-StB	Technische Lieferbedingungen für Geokunststoffe im Erdbau des Straßenbaus, TL Geok E-StB 05 - Ausgabe 2005
TP BF-StB	Technische Prüfvorschriften für Boden und Fels im Straßenbau, TP BF-StB
TL Gestein-StB	Technische Lieferbedingungen für Gesteinskörnungen im Straßenbau, TL Gestein-StB 04 - Ausgabe 2004 / Fassung 2007 - geänderte Bek. 2012

- ZTV Asphalt-StB Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Verkehrsflächenbefestigungen aus Asphalt, ZTV Asphalt-StB 07 - Ausgabe 2007 / Fassung 2013
- ZTV Fug-StB Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fugen in Verkehrsflächen, ZTV Fug-StB - Ausgabe 2015
- TL Geok E-StB 05 Technische Lieferbedingungen für Geokunststoffe im Erdbau des Straßenbaus, - Ausgabe 2005
- BGI 770 Gestaltung von Sicherheitsräumen, Sicherheitsabständen und Verkehrswegen bei Eisenbahnen
- RSA 95 Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen, und für Arbeitsstätten
- Aktuelle Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft DGUV Vorschrift 77 - Arbeiten im Bereich von Gleisen
- Standards BAU der rnv
- Einbauanweisung Rheda City System der Rail One GmbH